

Die Gründung der Bürgerinitiative:

„Aktion Schüssler-Hallen“

Anlass

Durch Zufall erfuhren Bergtheimer Bürger von dem Vorhaben eine Giftmüll-recyclinganlage in Bergtheim zu errichten. In der Main-Post vom 9. Januar 1997 war unter „Amtliche Anzeigen“ vom „Antrag der Firma R & M Bodenrecycling GmbH, [...] zur Einrichtung einer Bodenrecyclinganlage und eines Zwischenlagers in der ehemaligen Schüssler-Lagerhalle in Bergtheim, Landkreis Würzburg“ zu lesen. Weiterhin wurde auf die Genehmigungspflicht eines solchen Vorhabens durch das Landratsamt verwiesen. Die mit Öl, Schwermetallen und anderen schädlichen Substanzen vergifteten Böden sollten in der geplanten Recyclinganlage, direkt neben einem Wohngebiet, durch Mikroorganismen recycelt werden. Dabei entstehende Abgase sollten ebenfalls durch Mikroorganismen gefiltert werden. Diese Mikroorganismen sterben allerdings bei zu großen Giftkonzentrationen ab. Die Gefahr von Fehlmessungen besteht immer und in diesem Fall, hätte dies weitreichende Folgen für die Bevölkerung und ihre Gesundheit. Auch ein längerer Stromausfall würde zum Austritt von Giftstoffen führen.

Motive

Vor allem die Gesundheitsgefährdung machte vielen Bürgern Angst. Bereits zu Zeiten, als die Schüssler-Hallen noch als Getreidelager genutzt worden waren, gab es zahlreiche Pannen. So wurden die Bürger nicht informiert, als Begasungen zur Schädlingsbekämpfung durchgeführt wurden. Durch fehlerhafte Durchführung kam es zum Austritt von Phosphorwasserstoff. Diese Vorfälle sensibilisierten vor allem die direkten Anwohner. Aber auch Bergtheimer aus den entfernter liegenden Ortsteilen und Bürger aus den Ortsteilen Opferbaum und Dipbach hatten Bedenken gegenüber der Recyclinganlage. Neben den Gesundheitsrisiken rechneten die Bürger mit einem verstärkten Verkehrsaufkommen, insbesondere durch Schwerlastverkehr. Diese LKWs hätten durch den Ort fahren müssen, um zu den Schüssler-Hallen zu gelangen. Dazu kam die Angst vor einer Wertminderung von Grundstück und Immobilie.

Vorgehensweise

Diese Gründe bewegten die Bergtheimer über eine mögliche Vorgehensweise zu diskutieren. Am 21. Januar 1997 wurden Transparente an den Schüssler-Hallen aufgehängt und eine kleine Demonstration fand statt. Eine Bürgerinitiative entwickelte sich. Die engagierten Bürger der Initiative recherchierten im Landratsamt und im Registergericht München, sie verteilten Flugblätter und organisierten Infoveranstaltungen. Formulierungshilfen für Einwendungen an das Landratsamt trugen wahrscheinlich dazu bei, dass über 200 Bürger mobilisiert wurden, Einwendungen an das Landratsamt zu verfassen. Anlieger schrieben neben zahlreichen Leserbriefen auch Briefe an Ministerpräsident Stoiber, Umweltminister Dr. Goppel, Landtagspräsident Böhm und Sozialministerin Stamm, die allerdings unbefriedigend oder gar nicht beantwortet wurden. Schließlich wurden ein Gutachter und ein Anwalt beauftragt, die der Bürgerinitiative u.a. halfen, Druck auf die politische Gemeinde auszuüben. Zwar hatte der Gemeinderat nach langem Zögern die Anlage abgelehnt, da eine Genehmigung durch die Gemeinde in diesem Fall aber nicht nötig war, hatte dies allenfalls symbolischen Charakter. Um diese Anlage wirklich zu verhindern, unternahm der große Teil des Gemeinderates kaum etwas. Eine „Bürgerinformation“ an alle Haushalte, in dem die Bevölkerung darauf hingewiesen wurde, dass der Bürgermeister die Bodenrecyclinganlage nicht verhindern wolle, bewirkte ein Umdenken: Der Gemeinderat zeigte sich kooperativer. Der von der Bürgerinitiative beauftragte und finanzierte Rechtsanwalt machte der Gemeinde Vorschläge zum weiteren Vorgehen. Im Juni 1997 dachte die Gemeinde über den Ankauf der Schüssler-Hallen nach. Nachdem das Landratsamt die Bodenrecyclinganlage genehmigt hatte, war dies die letzte und einzige Möglichkeit deren Errichtung tatsächlich zu verhindern.

Ergebnis

Auf Druck der Bergtheimer Bevölkerung, die vor allem durch die Bürgerinitiative mobilisiert worden war, stimmte der Gemeinderat dem Ankauf des Grundstückes zu. Bedingung hierfür war, dass der Besitzer, die Firma Schüssler, selbst für den Abbau der Lagerhallen zuständig ist. Diese Bedingung wurde erfüllt, und der Abbau konnte beginnen. Ein neues Wohngebiet wurde an der Stelle der Lagerhallen geplant.